

Das Selbstbestimmungsrecht steht uns zu!

Forderung an alle Bundestagsfraktionen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland verlor in den letzten Jahren seinen Zusammenhalt. Die Wirtschaft ist krank, die Energiesicherheit ist Geschichte, die innere Sicherheit hat große Lücken. Der Bundesrechnungshof schlägt Alarm! Dem Staat droht Handlungsunfähigkeit, denn 90 Prozent des Bundeshaushalts seien „versteinert“ - schon für zukünftige Ausgaben fest verplant. Es drohe ein reales Staatsversagen, obwohl Deutschland voll von zukunftsweisenden, innovativen Ideen ist. Deshalb brauchen wir in unserer Gesellschaft eine breite Diskussion über die Einstellung zum Mitmenschen, zur Umwelt und zu den ethischen Fragen des täglichen Lebens, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob es weiterhin möglich sein soll, dass die Kapitalinteressen einen größeren Einfluss auf den Umgang mit unserer Welt und auf unsere Lebensbedingungen haben als die Interessen der Menschen im Lande. Nicht nur nach dem Völkerrecht, sondern auch nach dem Grundgesetz sind wir berechtigt, unser Zusammenleben so zu gestalten, wie wir es möchten. **Das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Bevölkerung ist neben dem Völkerrecht auch im Grundgesetz mit dem Artikel 146 verankert.**

Deshalb fordere ich mit meiner Unterschrift alle Fraktionen des Bundestages auf, unverzüglich ein Ausführungsgesetz zum Artikel 146 Grundgesetz in den Bundestag einzubringen und zu verabschieden. Damit die Bevölkerung ihre volle Handlungsfreiheit behält, um ihre soziale, kulturelle und wirtschaftliche Weiterentwicklung laut Völkerrecht frei zu gestalten, soll der Bundestag mit dem Gesetz NUR den Ablauf des Selbstfindungsprozesses des Volkes gewährleisten. **Dieses Gesetz soll regeln, dass mindestens ein Jahr lang öffentliche Debatten mit der Einbindung sämtlicher Medien und abschließend eine Volksabstimmung über die Ergebnisse stattfinden.**

Vorname, Nachname (Bitte in Blockschrift)	Postleitzahl	Unterschrift

Bitte wenden!

Die gesammelten Unterschriften sind ab dem 22. September 2022 an die folgende Adresse per Post zu senden: An den Deutschen Bundestag, Alle Bundestagsfraktionen, Platz der Republik 1, 11011 Berlin (Hinweis: Die Aktion ist an keine Gruppierung gebunden, dient dem Gemeinwohl und hat keinen Endtermin. Man kann die Unterschriften fortlaufend an den Bundestag senden.)

